

Verkehr Die Pläne für eine Ortsumgehung von Straßenhaus sind heftig umstritten.

„Nur St. Florian müsste umziehen“

Straßenhaus-Jahrsfeld wurde einst mit Niederhonnefeld und Ellingen zu einer Gemeinde; die „Straße“ sollte nicht länger Trennlinie sein. Das Zusammenwachsen mit Annäherung über den Wohnungsbau scheiterte, weil vorwiegend Flächen an den jeweils entgegengesetzten Enden der Dörfer zu Bauplätzen gemacht wurden. Inzwischen will die „Regierung“ unbedingt die sogenannte Ortsumgehung realisiert wissen. Zitat: „Wir lassen uns davon nicht mehr abbringen.“ Die Trasse führt dicht am Wohngebiet Birkenstraße vorbei und beeinflusst durch eine 109 Meter lange Brücke über den 40 Zentimeter breiten Hässbach besonders auch Niederhonnefeld. Die nach DIN 18005-1 geforderte Einhaltung eines 250 Meter breiten Korridors für Bundesstraßen schert offenbar weder Entscheider noch Planer. Es wird erwartet, dass Überschreitungen der DIN-Lärmpegel hingenommen werden. Dass die Trasse Niederhonnefeld und Ellingen wieder abtrennt von Straßenhaus, ist vorgegeben. Den Ellingern bleibt noch nicht einmal der uralte Fußweg „durch die Birken“; der künftige Umweg beträgt das Mehrfache der alten Strecke. Argument: „Ein Schulweg ist überflüssig. Die Kinder werden doch al-

le gefahren.“ Durch die Trassen-Trennlinie ergäbe sich weitgehend der Zustand vor der „Vereinigung“. Schon der Begriff Umgehung ist eine Wortlüge; in Wahrheit soll nur die Ortsdurchfahrt verlegt werden. Eine Trassenführung mit 300 bis 400 Meter Abstand zu den Wohngebieten in Jahrsfeld und Niederhonnefeld ergibt Räume und Lärmpegel im Rahmen der DIN. Weil angeblich zu teuer und wegen der Interessenlage Einzelner wurde früher diese Lösung verworfen. Sind die jetzt von der Planung unzulässig stark betroffenen Bürger die Mehraufwendungen nicht wert? Kann man nicht schlauer werden und eine Alternative noch einmal aus heutigem Blickwinkel prüfen? Laut LBM existieren planerisch bisher „nur Striche auf dem Papier“. Also entsteht kaum Mehraufwand. Man bevorzugt wohl die Konfrontation mit der Bürgerinitiative und auch die rechtliche Auseinandersetzung mit besonders stark betroffenen Anliegern der angeblich „alternativlosen“ Trasse. Im vorrangigen Bedarf für den Ausbau kann man auch mit einer eleganteren Lösung bleiben – ohne Verzögerungen durch Rechtsstreitigkeiten. Nur St. Florian müsste in einen anderen Ortsteil umziehen.

Herbert Krobb, Niederhonnefeld